



 **Anne
Janssen**
Mitglied des Bundestages

AUSGABE II /2024

Foto: A. Hildebrandt · Tobias Koch, Berlin

Wirtschaft trifft... Sebastian Lechner

Zu einem Austausch in lockerer Runde hatte Anne Janssen gemeinsam mit Katharina Jansen MdL Unternehmer und Unternehmerinnen aus der Region erneut eingeladen. Nach dem Auftakt der Veranstaltungsreihe im vergangenen Jahr mit Professor Sebastian Lehnhoff aus dem OFFIS Oldenburg zum Thema Cybercrime war jetzt der Vorsitzende der CDU Niedersachsen und auch der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Sebastian Lechner, zu Gast.

Unter dem Thema „Wirtschaft in unruhigen Zeiten“ gab Lechner nicht nur einen Überblick über die aktuelle Lage der niedersächsischen Wirtschaft, sondern auch über aktuelle politische Entwicklungen auf niedersächsischer Ebene. Er sprach über Herausforderungen und Perspektiven, die sich im Mittelstand nicht nur in der Region abzeichnen. „Sebastian Lechners Worte unterstreichen deutlich das, was die Unternehmen hier vor Ort mir auch im Austausch mitgeben. Zahlreiche Problemlagen wie Personalmangel oder der massive Kostenaufwuchs sind nun wirklich nicht neu. In den letzten zwei Jahren Ampelregierung ist allerdings mit Blick auf unsere Wirtschaft leider - zu - wenig passiert.“, so Anne Janssen. „Die Politik hat zwar auch keinen Zauberstab, ein paar Stellschrauben gibt es aber schon und dazu gehört - auch keine Neuigkeit - Prozesse weiter zu verschlanken und zu beschleunigen anstatt weitere Hürden aufzubauen.“



Nach diesem Überblick bot sich für die Gäste die Gelegenheit, mit Lechner, aber auch miteinander ins Gespräch zu kommen und das eigene Netzwerk zu pflegen

oder sogar zu erweitern. „Viele unserer regionalen Betriebe haben echte Leuchtturm-Projekte und eine gute Entwicklung vor Augen. Dieses Treffen dient auch dem Austausch über gemeinsame Chancen oder Best Practice Beispiele. Es gilt, negative, aber auch positive Entwicklungen gleichermaßen im Fokus zu behalten.“, so Anne Janssen.

Busbranche steht vor Herausforderungen

Nicht nur die vergangenen Pandemiejahre haben vielen Reisebus-Unternehmen zugezogen, auch die Entwicklung hin zur E-Mobilität ist neben altbekannten Hürden, wie dem Fachkräftemangel oder steigenden Kosten für zahlreiche Betriebe eine große Baustelle. Unter ihnen auch hiesige Anbieter, die im Frühjahr mit Anne Janssen dazu ins Gespräch kamen. Ein Besuch auf dem Gelände des Unternehmens Bruns Omnibusverkehr GmbH ermöglichte gleichzeitig einen Blick hinter die Kulissen.

Besonders ein Wechsel auf einen Elektroantrieb, wie er bei Automobilen mehr und mehr greift, sei derzeit immer noch kaum umzusetzen, beklagt das Unternehmen, das als einziger Anbieter der Region bereits auf E-Fahrzeuge in seiner Linienflotte setzt. So seien nicht nur die Kosten für ein entsprechendes Fahrzeug etwa doppelt so hoch wie in der Anschaffung eines Busses mit Verbrennerantrieb, auch die Ladestruktur sei immer noch zu löchrig. Sei ein Laden am Zielort zum Beispiel nicht direkt am angesteuerten Hotel der Reise möglich, so müsse der Fahrer eine alternative und freie Ladesäule suchen. Die Lenkzeiten der Fahrer seien allerdings beim Erreichen der Reiseziele oft bereits erschöpft und ließen eine Alternative nicht mehr zu. Zwei weitere Faktoren verkomplizierten die Lage zusätzlich. Zum einen könnten die E-Busse nur mit einer im Vergleich zum Verbrenner reduzierten Gesamtgeschwindigkeit fahren, was eine längere Fahrtdauer zur Folge hätte. „Zum anderen berichtet Karl Hülsmann, Präsident des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmen, wie viele Anbieter, dass eine große Anzahl ihrer Mitarbeiter nicht Vollzeit, sondern lieber Teilzeit arbeiten möchte.“, so Anne Janssen. „Bedenkt man den ohnehin vorhandenen Mangel an Fah-

ren, dünnt sich die Personalkapazität so weiter aus.“ So sei eine weniger knappe Kalkulation der Lenkzeiten den Betrieben zufolge aktuell nicht möglich.

Gleichzeitig schaffe dies auch eine denkbar angespannte Situation im Linienverkehr, zahlreiche Busunternehmen hätten daher zum Beispiel schon ihre Taktung für manche Strecken reduzieren müssen, weil einfach nicht genug Personal verfügbar sei. „Als Teil der Daseinsvorsorge ist der öffentliche Nahverkehr ein entscheidender Faktor. Gerade in unserem ländlicheren Bereich ist das Verkehrsnetz auch ohne weitere Verschärfung knapp genug. Eine

weitere Reduzierung statt des vielerorts eigentlich benötigten Ausbaus ist nicht zu machen, wenn wir der Verkehrswende irgendwann einmal näher kommen wollen.“

Die Branche sieht gerade in Bezug auf die Personalknappheit die Politik am Zug. So sei die Situation für Arbeitnehmer, die in Teilzeit bleiben und weiterhin zusätzlich unterstützende Gelder beziehen wollten, zu komfortabel, beklagen die Unternehmen. Ein Wechsel in die Vollzeit sei einfach nicht attraktiv genug. Anne Janssen versprach, die Sorgenpunkte nach Berlin zu tragen und besonders in Bezug auf die schleifende Elektromobilität nicht locker zu lassen.



75 Jahre Grundgesetz – Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland feierte im Mai sein 75-jähriges Bestehen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gratuliert herzlich zu diesem Jubiläum! Dieses besondere Ereignis wurde mit einem Staatsakt und einem Fest der Demokratie im Bundestag zelebriert. Das Grundgesetz wird als Symbol für den Geist der Freiheit und des Friedens sowie als Fundament für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland gewürdigt.

Am 23. Mai 1949 verkündete Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates und späterer Bundeskanzler, in Bonn das Grundgesetz. Anfangs diente es als vorläufige Verfassung für die drei westlichen Besatzungszonen, die unter Anweisung der Alliierten zur

Bundesrepublik Deutschland vereinigt wurden. Es erlangte den Status einer gesamtdeutschen Verfassung erst nach dem Beitritt der ostdeutschen Länder am 3. Oktober 1990.

Ein herausragendes Prinzip des Grundgesetzes ist die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die die Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bildet und die zentrale Bedeutung der Menschenrechte betont. Unser Grundgesetz hat sich als außerordentlich tragbares und strapazierfähiges Fundament der Gesellschaft bewährt und wird als eine Erfolgsgeschichte betrachtet, die Stabilität und Anpassungsfähigkeit vereint.

Jedoch gibt es gegenwärtige Herausforderungen, denen die freiheitlich-demokratische

Grundordnung gegenübersteht. Angesichts von zunehmendem Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Politiker, Polizisten und Einsatzkräfte ist es wichtiger denn je, die Demokratie zu verteidigen und aktiv für sie einzutreten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, den 23. Mai, den Tag des Grundgesetzes, zu einem nationalen Gedenktag zu erklären.

Ein nationaler Gedenktag wird nicht als Symbolpolitik betrachtet, sondern als entscheidend im Wettbewerb mit autokratischen Systemen. Ein positives Selbstbild der westlichen Demokratien wird als notwendig erachtet, um sich behaupten und die eigenen Werte verteidigen zu können.

Wangerooge - zwischen Inseltraum und Herausforderungen



Die Insel Wangerooge ist nicht nur Ziel von etwa 100.000 Besuchern jährlich, sie ist auch Kommune im Wahlkreis von Anne Janssen. Und als solche steht sie ganz besonderen Herausforderungen gegenüber. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Katharina Jensen stattete sie der Insel einen Besuch ab - und dies ganz im Zeichen der autofreien Kommune, mit dem Fahrrad.

Mit ihren rund 1.000 Einwohnern hat die Insel



zum Beispiel besonders mit Blick auf die für den Alltag wichtige Infrastruktur einige Besonderheiten zu bewältigen, aber auch zum Beispiel jährlich auftretende massive Schäden durch Sturmfluten und die überwiegend tideabhängige Verbindung zum Festland fordern ihren Tribut. „In fast jeder Saison leiden nicht nur der direkte Strandbereich, sondern auch Deckwerk und Schutzdünen stark unter den auftretenden Sturmfluten und müssen mit großem Aufwand wieder instand gesetzt werden. Diese Arbeiten konnten wir auch bei unserem Besuch noch verfolgen.“, so Anne Janssen. Von Marc Scatturin (CDU Wangerooge) begleitet erhielten die Abgeordneten unter anderem einen Einblick in die Entnahme von Sand im so genannten Nassbaggerverfahren per Schiff im Inselhafen. Dieser Sand wird an anderer Stelle wieder verwendet, etwa am Strand per Bagger verteilt. Etwa 90.000 Kubikmeter Sand sollen allein zur Verstärkung der Harlehörndüne in diesem Jahr als natürliches Material eingebracht werden. Die Düne reicht von der Jugendherberge bis zum Hafen und sichert die landseitige Hafenzufahrt sowie die Deichlinie im südlichen Teil der Insel.

Allein im vergangenen Jahr beliefen sich die durch die Sturmfluten verursachten Schäden auf Wangerooge auf etwa 2,5 Millionen Euro. Das Land Niedersachsen unterstütze die Ostfriesischen Inseln im Küstenschutz daher dieses Mal mit insgesamt 15,7 Millionen Euro, wusste Katharina Jensen MdL zu berichten. Eine Summe, die für den Schutz der Inseln auch dringend nötig sei. „Mit ihrer vorgelagerten Position hat sie auch eine wichtige Funktion im Küstenschutz des Festlandes, das dürfen wir nicht außer Acht lassen.“, so Anne Janssen. Auch von anderer Seite drückt das Wasser, denn der steigende Grundwasserspiegel sorgt hinter dem Deich für viel Arbeit - unter anderem bei der Feuerwehr, die vermehrt mit ihren Pumpen im Einsatz ist.

Im Inselwesten besuchten die Abgeordneten die beliebte und im Westturm gelegene Jugendherberge. „Der Tourismus auf der Insel spielt eine tragende Rolle und auch die Jugendherberge trägt zu den Übernachtungszahlen bei.“, waren sich Janssen und Jensen einig. Am Wangerooger Leuchtturm, der gerade erst einen neuen Wärter erhalten hat, gab es ein Treffen mit der kommissarischen Bürgermeisterin Rieka Beewen. Sie hatte diese Aufgabe übernommen, nachdem der Inselrat Bürgermeister Marcel Fangohr sein Vertrauen entzogen hatte. Noch ist unklar, wie es mit der Inselverwaltung weitergeht. Im Gespräch war bereits ein Zusammenschluss mit der nächstgelegenen Festlandsgemeinde Wangerland. Der Austausch über eine engere interkommunale Zusammenarbeit führte jedoch bislang zu keinem finalen Ergebnis. Vor bestem Panoramablick über die Insel erläuterte Beewen ihren Besucherinnen aktuelle Vorhaben.

Eine alte, aber nicht minder aktuelle Baustelle ist und bleibt der bezahlbare Wohnraum, der auf den Inseln schon bedeutend länger als auf



dem Festland Mangelware ist. „Das wiederum kommt auch im Tourismus an, denn ohne bezahlbaren Wohnraum ist auch kaum das dringend benötigte Personal zu gewinnen. Dabei ist gerade Tourismus der entscheidende Wirtschaftsfaktor.“, so Anne Janssen. Dieser Erschwernisfaktor ziehe sich über alle Inseln und bringe manche Betriebe in die Lage, trotz dafür ausreichender Gästezahlen kein entsprechendes Angebot fahren zu können.

Zum Abschluss konnten Janssen und Jensen den gerade fertig gewordenen Neubau der DRK-Kita besichtigen. Nach mehr als fünf Jahren Planungs- und Bauzeit war die neue Kita erst kürzlich eingeweiht worden. „Die Möglichkeit einer Kinderbetreuung mit 27 Plätzen ist auf der Insel ohnehin eine sehr wichtige und gute Errungenschaft. Zudem sind das Platz- und Betreuungsangebot eine Bereicherung.“, so Anne Janssen. Ebenfalls neu eingezogen sind mit den Kindern auch ein paar Stabheuschrecken, die als besondere Haustiere den Alltag der Kita ergänzen.

Gemeinsam stark für Europa

Europa und unsere Zukunft - warum die Europawahlen so entscheidend für die Entwicklung der Mitgliedsstaaten, also auch die deutsche Entwicklung sind, haben in den vergangenen Wochen und Monaten nicht nur die Europakandidaten der CDU immer wieder deutlich gemacht. „In der Bundesgesetzgebung müssen wir uns an zahlreichen Stellen im Rahmen europäischer Maßgaben bewegen. Gleichzeitig kann uns der starke Verbund nicht nur in der Zusammenarbeit der Länder untereinander, sondern auch auf dem globalen Markt eine große Hilfe sein. Mit der Gestaltung des Parlaments in Brüssel gestalten wir also unseren Alltag.“, so Anne Janssen. „Ich pflege mit meinen Europakollegen eine vertrauensvolle und sehr gute Zusammenarbeit. Wir engagieren uns gemeinsam, jeder auf seiner Ebene, für wichtige Vorhaben. Daher habe ich mich sehr gefreut, sie auf verschiedenen Terminen in meinem Wahlkreis begrüßen und begleiten zu dürfen.“

Mit David McAllister MdEP und Katharina Jensen MdL ging es bei einem Talk gleich zahlreicher regionaler Verbände um das Thema Wirtschaft. Im Brauhaus zu Jever standen die immer noch zu hohen und zu bürokratischen Anforderungen an kleine und mittlere Betriebe im Mittelpunkt. „Europa wollte hier im Rahmen einer Initiative an vielen Stellen Prozesse verschlanken, vereinfachen und beschleunigen. Davids aktueller Einblick stellte klar, hier hakt es sehr.“, betonte Anne Janssen. Gerade für kleinere Betriebe seien die Richtlinien nicht leicht zu überblicken. Hier sitze im Gegensatz zum Großkonzern kein eigener Experte, „und an solchen ‘Nebenbaustellen’ zu scheitern, wenn ich als Betrieb fachlich gut und leistungsstark bin, ist besonders bitter.“, so Janssen.



Um Tourismus, aber auch um Jagd und Fischerei ging es mit Jens Gieseke MdEP, der mit Anne Janssen an der Küste vor Ort war. Ob Pauschal-Reiserichtlinie, Strukturfonds, Sicherheitspolitik oder die Förderung in der Branche tätiger Betriebe - auch in dem für unsere Region so wichtigen Thema Tourismus geht nichts ohne Europa. „Nicht nur, wenn wir selbst verreisen, sind wir Teil dieses Prozesses. Die deutsche Nordseeküste und unsere Inseln sind zum Beispiel bei unseren europäischen Nachbarn eine sehr beliebte Destination. Hotellerie, Gastronomie, Dienstleister machen gemeinsam einen entscheidenden Teil unserer Wirtschaftskraft aus - in ihrem Sinne setzen wir uns ein.“, erläuterte Janssen. Jagd und Fischerei seien zum Beispiel mit der Problematik rund um die Verbreitung des Wolfs und ihren Folgen oder mit den drohenden schwerwiegenden Änderungen in den Bestimmungen für Krabben- und Muschelfischer eine gemeinsame Dauerbaustelle. „Hier stehen Jens und ich im regelmäßigen Austausch, es ist und bleibt zum Haare raufen.“

Gemeinsam mit Lena Düpont MdEP und der Frauen Union diskutierte Janssen zu Themen wie Migration und Landwirtschaft. Wie sehr etwa die Landwirte von Regulationen der EU abhängig sind, dies ist besonders im Rahmen der Proteste in Berlin zuletzt immer wieder deutlich geworden. „Mit den Preisen der europäischen Nachbarn lässt sich streckenweise einfach nicht konkurrieren. Wenn wir als Verbraucher Qualität aus der Region wollen, gibt es diese nicht zu Dumpingpreisen.“, appellierte die Abgeordnete.



Ein Update zum Beispiel zu Energiepolitik und ihren Auswirkungen auf deutsche Unternehmen gab es gemeinsam mit dem Europakandidaten Jochen Steinkamp und Katharina Jensen MdL in der Papier- und Kartonfabrik in Varel (PKV). „Viele Unternehmen treten auf der Stelle, weil sie nicht wissen, in welche Richtung es geht. Daher stellen sie Investitionen in erheblichem Umfang zurück. Das schadet am Ende allen“; so Anne Janssen. Bereits mehrfach hatten sich die Abgeordneten mit der PKV ausgetauscht. „Es ist bei Weitem nicht die einzige Stelle, an der wir erleben, dass die Konzeptlosigkeit der Ampel wichtige Entwicklungen lähmt. Und leider hat sich das in den vergangenen zwei Jahren nicht unbedingt verbessert.“, bilanziert Anne Janssen. „Hier braucht es alle Kraft, um gegenzusteuern und es ist wahnsinnig schade, dass es nicht ganz gereicht hat. Ich hätte mich über Jochen als neuen zusätzlichen Europakollegen sehr gefreut“, bedauert Anne Janssen. Steinkamp hatte einen sehr engagierten Wahlkampf hingelegt und gezeigt, dass er im Norden eine gute Ergänzung gewesen wäre. Für ihn geht es in jedem Fall kommunal weiter, alles andere werde sich zeigen.



Auf einen Schnack mit den Mitgliedern auf Langeoog

Sich virtuell treffen zu können, hat in den vergangenen Jahren vieles erleichtert. Doch nichts geht über einen persönlichen Schnack und so machte sich Anne Janssen kürzlich noch einmal auf den Weg, um auf der Insel Langeoog mit den Mitgliedern der CDU Langeoog ins Gespräch zu kommen.

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung waren alle herzlich eingeladen, in gemütlicher Runde den Abend mit der Abgeordneten zu verbringen. Im Mittelpunkt standen

vor allem Themen wie Küstenschutz, Arbeitszeitmodelle oder das GEG. „Was auf dem Land schon kaum umsetzbar ist, funktioniert auf der Insel noch einmal schlechter. Doch das haben die Schöpfer der Ampel gemachten Novelle gar nicht vor Augen.“, so Anne Janssen.

Auch der allgegenwärtige Fachkräftemangel und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum waren angesichts der herannahenden Hauptsaison für die vom Tourismus geprägte Insel

zentrale Sorgenthemen. „Unsere Ostfriesischen Inseln sind wahnsinnig beliebt, darauf ist die Region zurecht stolz. Besonders Hotellerie und Gastronomie müssen aber auch über die Personalstärke verfügen, um die Nachfrage bedienen zu können. Das wird zusehends schwieriger, so dass der Tourismus, als wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Region, trotz entsprechender Nachfrage und eigentlich auch Angebote, einbrechen könnte - ganz einfach weil die Leute fehlen.“, so Anne Janssen.

Dinner mit drei PPP-Stipendiaten

Auslandsaufenthalte in einem fremden Land während der Schulzeit stellen für viele Jugendliche ein unvergessliches Erlebnis dar. Das Parlamentarische Patenschafts-Programm – ein Vollstipendium für den deutsch-amerikanischen Schüleraustausch – bietet dafür eine einmalige Gelegenheit und ist noch bis 13. September in einer neuen Bewerbungsphase! Auch deutsche Gastfamilien für amerikanische Schüler werden bereits gesucht. „Dieses Stipendium ist eine einmalige Chance für junge Menschen!“, so Anne Janssen MdB, die als Abgeordnete nicht nur bereits mehrfach Patin für deutsche Schülerinnen und Schüler war,

sondern aktuell auch Gastpatin für drei amerikanische Schülerinnen und Schüler ist. Die drei verbringen ihr Austauschjahr in Janssens Wahlkreis, um mehr über ihre Eindrücke zu erfahren, tauschte sie sich jetzt bei einem gemeinsamen Abendessen mit ihnen aus.

Seit 1983 bereits werden einmal im Jahr vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress Plätze angeboten. Als Junior-Botschafter bzw. -Botschafterin können Jugendliche aus den USA und Deutschland für ein Schuljahr das jeweils andere Land kennenlernen und somit die Freundschaft der beiden Län-

der sowie den Kulturaustausch stärken. Mitglieder des Bundestags übernehmen jeweils eine Patenschaft für die Teilnehmenden des Austauschs. Die Schüler und Schülerinnen wohnen während ihres Austauschjahres bei Gastfamilien und besuchen eine örtliche Schule. Anne Janssen MdB möchte die Familien in Wittmund, Friesland und Wilhelmshaven dazu ermutigen, eine Stipendiatin oder einen Stipendiaten aus den USA bei sich aufzunehmen. „Die Austauscherrfahrung ist für beide Seiten ein unvergessliches Erlebnis und auch unsere Kinder sind auf die Gastfreundlichkeit der Familien in den USA angewiesen!“ Gastfamilien können fast alle werden – ob Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogen-Familien, ob Paare mit oder ohne Kinder, ob Großstadt oder Dorf. Wichtig sind Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, sich auf ein „Familienmitglied auf Zeit“ einzulassen. Die 50 neuen US-amerikanischen Schülerinnen und Schüler reisen am 7. September 2024 an und bleiben für 10 Monate in Deutschland. Interessierte können sich an die Geschäftsstelle der durchführenden Organisation, zu finden unter experiment-ev.de, wenden.

Einen Monat später bestand für die drei amerikanischen Austauschschüler außerdem die Gelegenheit, Anne Janssen im Deutschen Bundestag erneut zu treffen. Bei dem Empfang aller Stipendiaten anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Austauschprogramms war auch die amerikanische Botschafterin in Deutschland, Amy Gutman, vor Ort.

„Das Programm bietet wirklich hervorragende Möglichkeiten. Ich kann eine Bewerbung nur empfehlen und freue mich darauf, Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis auch zukünftig in diesem Programm als Patenabgeordnete zu begleiten.“



Pflege und Pflegende stärken!

Bei einem Besuch des Marianne-Sternberg-Hauses der AWO in Jever konnten sich Anne Janssen MdB und Katharina Jensen MdL ein Bild über die Situation in der Pflege machen. Gemeinsam mit der Einrichtungsleiterin Birte Jansen haben die Abgeordneten über aktuelle Herausforderungen wie den Fachkräftemangel und die Ausbildung zur Pflegekraft gesprochen. Auch in Berlin hat das Thema Pflege eine hohe Relevanz für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In mehrere Anträge, die in den Bundestag eingebracht wurden, wurde die Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland gefordert. Die Anträge verdeutlichen die dringende Notwendigkeit, sowohl die Pflegeinfrastruktur als auch präventive Maßnahmen umfassend zu verbessern, um eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Pflegeversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Über 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Familien ver-

sorgt, womit große physische und psychische Belastungen einhergehen. Die Fraktion fordert daher umfassende Maßnahmen zur Entlastung, wie die Anpassung der Pflegeinfrastruktur an lokale Bedürfnisse, den Ausbau kommunaler Unterstützungsangebote und die Einführung von Entgeltersatzleistungen bei Pflegezeiten. Zusätzlich sollen unabhängige Ombudsstellen zur Unterstützung bei Widersprüchen gegen Entscheidungen des medizinischen Dienstes eingerichtet werden und innovative Versorgungsmodelle geprüft und gefördert werden. Ziel der Maßnahmen ist, die Pflege durch Angehörige zukunftssicher zu gestalten und die mentale Gesundheit der Pflegenden zu schützen.

Auch die Prävention von Pflegebedürftigkeit durch Gesundheitsförderung ist ein wichtiges Anliegen für die Abgeordneten der Union. Angesichts der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen, bedingt durch den demogra-

phischen Wandel und zunehmende Volkskrankheiten, bedarf es frühzeitiger präventiver Maßnahmen. Hierzu gehören die Stärkung präventiver Pflegeberatung, der Ausbau von Netzwerken zur frühzeitigen Erkennung von Unterstützungsbedarfen und die Förderung ambulanter Pflegemodelle. Zudem soll die geriatrische Forschung und Facharztausbildung unterstützt werden, und die Digitalisierung im Bereich der Pflegeprävention vorangetrieben werden. Der Antrag setzt daher auf den Grundsatz „Prävention vor Pflege“ und fordert flexible Präventionsbudgets sowie die erleichterte Finanzierung von Rehabilitations- und Erholungsprogrammen für pflegende Angehörige.

Die Anträge verdeutlichen die dringende Notwendigkeit, sowohl die Pflegeinfrastruktur als auch präventive Maßnahmen umfassend zu verbessern, um eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Pflegeversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Freiwilligendienste – doch keine Kürzung!

Das war knapp - nach massiven Protesten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der betroffenen Verbände hatte die Ampelkoalition die geplanten Kürzungen der Gelder im Haushalt des Jahres 2024 für die Freiwilligendienste zurückgenommen. Lange hatten zum Beispiel soziale Dienste bangen müssen, ob sie ihre Arbeit mit den dringend benötigten Freiwilligen weiter fortführen können oder am Ende vielleicht sogar Angebote streichen müssen. „Hier hat man besonders Bereiche fast am langen Arm verhungern lassen, die mit ihren sozialen Diensten elementare Bereiche abdecken.“, so Anne Janssen und fährt fort „Und wieder können wir nicht von einer echten Absicherung sprechen, denn die Mittel sind lediglich für den aktuellen Haushalt gesichert. Für das Jahr 2025 ist die Finanzierung wieder nicht gesichert. Das setzt nicht nur die Dienste unter Druck, sondern auch diejenigen, die jetzt bereits schauen, ob und wo sie zum Beispiel nach dem Schulabschluss im kommenden Jahr ein FSJ absolvieren.“

Diese Problematik war auch das zentrale Thema des Gesprächstermins mit Freiwilligendienstleistenden und Organisatoren bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH (GPS) in Varel. Die GPS gilt als fundierter Partner bei Fragen der sozialen Arbeit in der Region. Unterstützend wirkt sie auch bei der Gestaltung und Erörterung sozialpolitischer Themen. In Gesprächen und persönlichen Erfahrungsberichten wurde dabei das von Anne Janssen benannte Kernproblem wiederholt deutlich. Zuvor angekündigte Haushaltskürzungen hätten zu Problemen geführt, auch, weil Beschlüsse in Bezug auf bereitzustellende Finanzmittel immer

gleich zwei Haushaltjahre betreffen. Beispielsweise liegt die Anzahl der FSJler in der GPS zurzeit bei 120. Und das, obwohl es bereits mehr als 250 waren. Eine Stimme beschrieb die aktuelle Lage wie folgt: „Der soziale Bereich brennt.“

Allerdings gibt es auch gute Nachrichten. Das eingebrachte „Freiwilligen-Teilzeitgesetz“, das eine Erweiterung der Teilzeitmöglichkeiten in den Jugend- und Bundesfreiwilligendiensten anstrebte, wurde vom Bundestag am 26.04.2024 verabschiedet. In der Beratung im Plenum des Bundestages konnte Anne Janssen dieses Gesetz auf Basis von persönlichen Erfahrungen mit Bundesfreiwilligendienstleistenden in ihrer Zeit als Grundschullehrerin einordnen. Für das Kollegium, aber auch die Schülerinnen und Schüler seien alle Bufdis „das Beste gewesen, was ihnen hätte passieren können“. Auch abseits von ihrem ganz persönlichen Steckenpferd leisteten sie wertvolle Hilfe und Unterstützung in jeglichen Bereichen. Auch deshalb begrüße die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Kern des Gesetzesentwurfs, denn: „Solche Dienste müssen für alle offen sein. Ich habe vielfach von Interessenten die Rückmeldung erhalten, dass aus den verschiedensten Gründen ein Vollzeitdienst nicht möglich ist. Hier sind uns bislang motivierte Kräfte und zahlreiche potenzielle Stunden entgangen, weil es kein geeignetes Angebot gab.“, so Anne Janssen. In ihrer Rede verwies Janssen noch einmal auf die fehlende Planungssicherheit für Engagierte und Träger, da die finanzielle Absicherung für kommende oder auch nur das nächste Jahr noch nicht gegeben sei. „Viele machen dann einfach - gezwungenermaßen - andere Pläne, wenn der Platz bis zur letzten Minute nicht sicher ist.“

Untersuchungsausschuss „Habeck-Akten“

Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrise im Jahr 2022 kam es zu kontroversen Entscheidungen der Bundesregierung bezüglich der Energiepolitik. Bundesminister Robert Habeck und Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke lehnten in einem Prüfvermerk vom März 2022 einen Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke ab, trotz der fachlichen Hinweise auf deren mögliche positive Auswirkungen auf die Energiepreisentwicklung und Versorgungssicherheit. Die Offenlegung der detaillierten Hintergründe dieser Entscheidung wurde von Minister Habeck zunächst verweigert und konnte erst durch gerichtliche Entscheidung durchgesetzt werden.

Die vorliegenden Informationen legen nahe, dass die Entscheidungen der Bundesregierung in einer wesentlichen Angelegenheit der nationalen Energiesicherheit nicht im besten Interesse Deutschlands getroffen wurden, sondern primär auf der Basis grüner Parteipolitik erfolgten. Fachliche Erwägungen oder einen angemessenen Meinungsaustausch mit den Bundesländern, der Reaktorsicherheitskommission oder EU-Nachbarstaaten wurden nicht ausreichend einbezogen.

Diese Vorgänge haben zu erheblichen Fragen hinsichtlich der Transparenz und der Entscheidungsprozesse innerhalb der Bundesregierung geführt. Die deutsche Öffentlichkeit fordert Klarheit über die Abläufe, die während einer kritischen Phase der nationalen Energiesicherheit unter dem Einfluss eines europäischen Krieges stattfanden.

Politischer Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie

Offen abgehaltene Demonstrationen in Hamburg mit über tausend Teilnehmern im Frühjahr, Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat, die Einführung der Scharia und das Motto der Demonstrierenden („Das Kalifat ist die Lösung“): das war Anlass genug für den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Ziel, den politischen Islam in Deutschland zu bekämpfen. Solche von den Demonstranten ausgerufenen Forderungen stellen ebenso ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie auf den Rechtsstaat selbst, dar. Deswegen vertritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Position, dass der Rechtsstaat auf ebenjene Bedrohung reagieren muss. Plädiert wird deshalb für das Durchsetzen von wirksamen Maßnahmen, welche die von der SPD geführte Landesregierung in Hamburg sowie die ebenfalls von

der SPD geführte Bundesregierung bisher vermissen ließ. Konkret geht es um Anpassungen im Straf- und Staatsangehörigkeitsrecht. Außerdem wird eine wirksame Kontrolle bzw. Bekämpfung durch den deutschen Sicherheitsapparat angestrebt. Hierbei soll auch ein Fokus auf Schritte gegen Geldflüsse im extremistischen bzw. terroristischen Bereich gelegt werden. Die Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nun zum wiederholten Male eingefordert. Trotz vermehrter Ankündigungen des Bundesinnenministeriums blieb diese jedoch bisher aus. Auch aus diesem Grund wird dessen Schließung auch in einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingefordert, der nach den Angriffen des Irans auf Israel im April eingebracht wurde. Immerhin gilt das „Islami-

sche Zentrum“ als verlängerter Arm des iranischen Regimes in Deutschland. Der Beeinflussung von in Deutschland lebenden Muslimen durch die Religion, aber auch der zunehmenden Radikalisierung im digitalen Bereich soll nun begegnet werden!

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus Mai wurde im Deutschen Bundestag am 06. Juni beraten und zur namentlichen Abstimmung gebracht. Dabei wurde dieser, trotz des brutalen Messerangriffs auf einen Polizisten in Mannheim mit Todesfolge am Wochenende davor, von einer Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Gerade wegen der schnellen Radikalisierung des Attentäters hebt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bedeutung hervor, sich mit dem Nährboden und den Ursachen von Radikalisierungen zu beschäftigen.

Schutzstatus des Wolfs muss endlich angepasst werden

„Ein solches Zusammentreffen findet bei Weitem nicht zum ersten Mal statt und die Situation wird immer prekärer. Dennoch hat die Ampelkoalition bisher immer noch keine Schritte unternommen, um für die Betroffenen eine Perspektive herzustellen.“, konstatierte Anne Janssen auf einem gemeinsamen Treffen mit der CDU Wittmund, der Deich- und Sielacht und der Kreisjägerschaft im Frühjahr in Esens.

„Die Zunahme der Wölfe in der EU hat gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, den Deichschutz und auch die Sicherheit von Bevölkerung und Urlaubern in unserer Region. Es ist an der Zeit, den Schutzstatus des Wolfs zu überdenken und Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation zu entschärfen.“, sagte die Abgeordnete weiter. Die Europäische Kommission schätzte die Zahl der Wölfe in der EU im Jahr 2023 auf etwa 20.300 Tiere. Diese stetig wachsende Population führt zu erheblichen Problemen, insbesondere durch gerissene Nutztiere. Nach Angaben der EU-Kommission werden jährlich mindestens 65.500 Nutztiere von Wölfen gerissen, was die Notwendigkeit einer Neubewertung des Schutzstatus deutlich macht.

Da schwierige Situationen und eine immer angespanntere Lage auch bundesweit immer weiter zunehmen, hatte die CDU/CSU-Fraktion daher im Mai einen Antrag im Deutschen Bundestag eingereicht, der die Bundesregierung dazu auffordert, den Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention herabzustufen. Die

CDU/CSU fordert die Bundesregierung darin auf, dem Vorschlag der EU-Kommission zur Herabstufung des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ zuzustimmen. Dieser Vorschlag entspricht auch der Entschließung des Europäischen Parlaments, die bereits auf den 24. November 2022 datiert.

Nach der Änderung des Übereinkommens von Bern soll demnach auch eine entsprechende Anpassung des Wolfsstatus in der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie erfolgen, die den Wolf von Anhang IV nach Anhang V verschiebt. „Wir müssen eine Balance zwischen

dem Schutz der Wölfe und den berechtigten Interessen der Betroffenen finden. Dass es sich genau nicht von allein regelt, haben wir nun wirklich lange genug mit angeschaut.“, erklärte Janssen. Der Antrag spiegele die wachsende Besorgnis über die Auswirkungen der zunehmenden Wolfspopulation wider und markiere einen bedeutenden Schritt in der Diskussion um den Schutzstatus des Wolfs in Europa.

Nach der Besprechung am 05. Juni 2024 im Plenum des Deutschen Bundestages wurde der Antrag an die entsprechenden Fachausschüsse überwiesen, wo er derzeit beraten wird.



Termine · Veranstaltungen



Als Schirmherrin beim Benefizturnier des SV Werdum zu Gunsten der Deutschen Krebshilfe



Enthüllung Tympanon Schlosskirche Varel



Gespräch mit der Geschäftsführung der JadeBay GmbH



Hospiz-Spendenlauf mit Jochen Steinkamp



Podiumsdiskussion Familien im Wandel der CDU Friesland



Spatenstich der Stromverbindung zwischen Deutschland und Großbritannien in Fedderwarden



Wahlkreisbüro

Anne Janssen

 Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever
Telefon: 044 61 7586144
anne.janssen@bundestag.de

Foto: Tobias Koch, Berlin



www.annejanssen.de
fb.me/annejanssen2021
instagram.com/anne_janssen_26/

CDU